19. März 2021

KW 11: Pro + Contra Bundeskulturministerium, Aktualisiert: Hilfsmaßnahmen der Länder in der Corona-Krise für die Kultur, …

… Fotowettbewerb: Zusammenhalt in Vielfalt – Jüdischer Alltag in Deutschland, Text der Woche, 2. Bibliothekspolitischer Bundeskongress

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit mehr als zwei Milliarden Euro normalem Haushalt plus zwei Milliarden Sonderhilfen in der Pandemie (NEUSTART KULTUR) finanziert das Amt der Kulturstaatsministerin in einem Jahr die Kultur in Deutschland. Das Engagement des Bundes scheint so normal, dass man vergisst, dass es das in dieser Form erst seit etwas mehr als 20 Jahren besteht.

1998 hatte die erste rot-grüne Regierung unter **Gerhard Schröder** das Amt des Beauftragten für Kultur und Medien (BKM) erfunden. Der Deutsche Kulturrat hatte damals im Wahlkampf unüberhörbar die Forderung nach einem Bundeskulturministerium und einem Kulturausschuss im Deutschen Bundestag gestellt, weil es auf der Bundesebene keinen funktionierenden Ort mehr für die Gestaltung von Kulturpolitik gab. Der kleine Unterausschuss Kultur des Innenausschusses im Bundestag war auf Druck einiger Bundesländer aufgelöst worden. Sie sahen den Kulturföderalismus gefährdet.

Im Innenministerium gab es damals zwar eine Kulturabteilung, sie war aber weitgehend zum Redenschreibbüro für Bundeskanzler **Helmut Kohl** mutiert.

Gerhard Schröder hatte 1998 mutig den föderalen Knoten durchschlagen und den ersten Schritt zu einem Bundeskulturministerium gewagt. Das von ihm geschaffene BKM ist aber kein Ministerium. Die Beauftragte wird Kulturstaatsministerin genannt, weil Staatssekretäre im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt Staatsminister genannt werden. Die Kulturbehörde im Bundeskanzleramt ist eine Obere Bundesbehörde, die im Bundeskanzleramt angesiedelt ist.

Gerhard Schröder berief den Verleger **Michael Naumann** zum ersten Beauftragen der Bundesregierung für Kultur und Medien. Der Deutsche Bundestag richtete daraufhin als Kontrollorgan einen eigenständigen Ausschuss für Kultur und Medien ein.

Michael Naumann zerrieb sich in seiner zweijährigen Amtszeit im Streit mit den Ländern. Er schrieb damals, dass der „barocke Begriff der Kulturhoheit“ im Grundgesetz nicht auftauche und deshalb nach seiner Ansicht zur „Verfassungsfolklore“ gehöre. Die Länder schäumten und warfen ihm jeden auffindbaren Knüppel zwischen die Beine. Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war eine zwischen Bund und Ländern vereinbarte detaillierte

Liste über das Wenige, was der Bund fördern dürfe und das Viele, was nicht.

Erst mit seinem Nachfolger **Julian Nida-Rümelin** entspannte sich das Verhältnis zwischen Bund und Ländern leicht. Auch die dritte von der SPD berufene Kulturstaatsministerin, **Christina Weiss**, kämpfte noch um jeden Millimeter Zuständigkeit. Mit der Übernahme der von den Ländern Berlin und Brandenburg getragenen Akademie der Künste in die Bundesverantwortung gelang ihr ein Durchbruch. Das Land Baden-Württemberg wollte damals gegen die Übernahme vor dem Bundesverfassungsgericht klagen, verzichtete aber letztlich doch. Die Länder akzeptierten den Kompetenzzuwachs des Bundes.

Mit der Übernahme der Kanzlerschaft 2005 durch **Angela Merkel** stand die Zukunft der Bundeskulturpolitik auf der Kippe. Die Union hatte den Beauftragten für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt immer bekämpft, weil er nach ihrer Ansicht dem Föderalismusgebot des Grundgesetzes widersprach. Angela Merkel berief trotzdem **Bernd Neumann** in das Amt.

Dies war nicht nur ein Wechsel der politischen Farbe im BKM, sondern das erste Mal wurde ein langjähriger Berufspolitiker und Mitglied des Deutschen Bundestages berufen. Dem mit allen Wassern gewaschenen neuen Kulturstaatsminister gelang es, den Etat seines Hauses kontinuierlich zu steigern und seine Kompetenzen zu erweitern. Als mit **Monika Grütters** die zweite Kulturstaatsministerin der CDU berufen wurde, war endgültig klar, dass sich auch die Union mit der Existenz des BKM nicht nur abgefunden hat, sondern sichtbaren Gestaltungswillen entwickelt. Auch Monika Grütters konnte in ihrer Amtszeit ihren Etat durchgehend steigern und das Amt deutlich ausbauen.

Jetzt platzt das BKM im Bundeskanzleramt förmlich aus allen Nähten. Die rund 300 Mitarbeiter des BKM plus weitere hunderte Mitarbeiter in den nachgeordneten Behörden, wie dem Bundesarchiv in Koblenz oder der Stasi-Unterlagenbehörde in Berlin, lassen sich in der jetzigen Struktur nur schwer händeln. Außerdem sind wichtige Kulturbereiche, wie die Kulturwirtschaft und die kulturelle Bildung, über andere Ministerien verteilt, die eigentlich in die Hände der Kulturstaatsministerin gehören.

Deshalb fordert der Deutsche Kulturrat die Stärkung der Bundeskulturpolitik durch die Einrichtung eines Bundeskulturministeriums in der nächsten Legislaturperiode.

Wir fordern, Kulturpolitik endlich in ihrer Verschränkung mit anderen Politikfeldern zu begreifen und dem durch die Einrichtung eines Bundesministeriums für Kultur und Medien sichtbar Rechnung zu tragen. Die Einrichtung eines solchen Ministeriums wäre die konsequente Weiterentwicklung der bisherigen Struktur der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und würde die Bedeutung, welche die Kulturpolitik für das Zusammenleben in Deutschland, für die Künste, für die Entwicklung der

Medienlandschaft und nicht zuletzt für das kulturelle Leben in Deutschland hat, unterstreichen.

Wir regen darüber hinaus an, in diesem Zusammenhang zu diskutieren, inwiefern die Bundeskulturpolitik im Inland und die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in einem Ministerium zusammengeführt werden können. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik muss sich nach unserer Ansicht stärker als Teil des Nord-Süd-Dialogs und der Friedenspolitik verstehen und mit der Kulturpolitik im Inland gerade mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele stärker verbinden.

Aber auch die kultur- und medienwirtschaftlichen Belange müssen in einem neuen Bundesministerium für Kultur und Medien zusammengeführt werden, damit diesem wichtigen Wirtschaftszweig die entsprechende Bedeutung verliehen wird.

Kulturstaatsministerin Monika Grütters hat sich Anfang März auch für ein eigenständiges Kulturressort auf der Bundesebene ausgesprochen. „Die bundespolitische Bedeutung der Kultur ist gewachsen“, sagte die CDU-Politikerin der „Süddeutschen Zeitung“ nach sieben Jahren im Amt.
Mit ihrer Forderung ist Monika Grütters MdB nicht alleine. Immer mehr Politikerinnen und Politiker setzen sich für eine Stärkung der Bundeskulturpolitik durch die Einrichtung eines Bundeskulturministeriums in der nächsten Legislaturperiode ein. **Robert Habeck** hat sich als Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen in „Politik & Kultur“, der Zeitung des Deutschen Kulturrates (Nr. 1/21 Seite 11) für die Einrichtung eines Bundeskulturministeriums nach der Bundestagswahl ausgesprochen. **Simone Barrientos**, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, und der kulturpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion **Hartmut Ebbing** fordern ebenfalls ein Bundeskulturministerium in der nächsten Legislaturperiode (Politik & Kultur Nr. 3/21 Seite 4 + 5).“

Nur die SPD, die beherzt vor 23 Jahren die Bundeskulturpolitik neu erfand, scheint sich von ihren eigenen Forderungen zu verabschieden. Der Vorsitzende des Kulturforums der Sozialdemokratie, Hamburgs Kultursenator **Carsten Brosda**, lehnt ein Bundeskulturministerium kategorisch ab. Dem Deutschlandfunk sagte er am 09. März außerdem: „Wir brauchen eine Verständigung darüber, wer eigentlich für was in der Kulturpolitik zuständig ist.“ Nach mehr als zwanzig Jahren erfolgreiche Bundeskulturpolitik möchte er offensichtlich wieder ins Jahr 1998 springen und noch einmal mit der Diskussion über Zuständigkeiten neu beginnen.

Was wir jetzt brauchen, sind keine Rückschritte, sondern einen mutigen Schritt nach vorne. Nach der Bundestagswahl im September wird die neue Bundesregierung hoffentlich ein eigenständiges Bundesministerium für Kultur und Medien einrichten. Die Zeit ist reif!

Ihr
Olaf Zimmermann
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates
Twitter: olaf_zimmermann

PS. 8.673 Interessentinnen und Interessenten erhalten diesen Kulturpolitischen Wochenreport. Danke für Ihr Interesse!

Wachgeküsst: Zur Debatte um ein Bundeskulturministerium

Brauchen wir ein Bundeskulturministerium? Diese Frage wird zurzeit intensiv diskutiert. Es kann dabei hilfreich sein, einen Blick in die jüngste kulturpolitische Vergangenheit zu wagen.

Das Buch „**Wachgeküsst. 20 Jahre neuen Kulturpolitik des Bundes 1998-2018**“ bietet einen Überblick über die wichtigsten Themen der Bundeskulturpolitik der letzten zwanzig Jahre.
Urheberrecht, Kulturgutschutz, Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten, Provinienzforschung, Filmförderung, Religion, Medien, Stiftungsreform, Künstlersozialversicherung, Kulturwirtschaft, Computerspiele, Erinnerungspolitik, Reformation, Digitalisierung, Kulturfinanzierung, Inklusion, Vielfalt und Diversität, das komplizierte Verhältnis zwischen Bund und Ländern in Kulturfragen, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, …

Wer wissen will, was die neue Bundeskulturpolitik seit 1998 ausmacht und sich darüber informieren will, wie der Weg für eine sichtbare Bundeskulturpolitik bereitet wurde und was noch zu tun ist, für den ist das Buch unverzichtbar.

Wachgeküsst: 20 Jahre neue Kulturpolitik des Bundes 1998 – 2018
Hg. v. Olaf Zimmermann
ISBN: 978-3-947308-10-1,
492 Seiten, 22,80 EUR

- *Zur Buchvorschau*
- *Zum kostenfreien PDF-Download*
- *Zum Online-Shop (gedrucktes Buch)*

Aktualisiert: Hilfsmaßnahmen der Länder in der Corona-Krise für die Kultur

Die Bundesländer haben Hilfsmaßnahmen für Unternehmen und Soloselbständige aus dem Kulturbereich aufgelegt. Ebenso haben verschiedene Bundesländer Maßnahmen für öffentlich geförderte Kultureinrichtungen bzw. Projekte auf den Weg gebracht. Nachfolgend sind die Maßnahmen der Länder aufgeführt. Die Aufzählung wird fortlaufend aktualisiert.

- Baden-Württemberg 16. März 2021
- Bayern 16. März 2021
- Berlin 25. Februar 2021
- Brandenburg 16. März 2021
- Bremen 16. März 2021
- Hamburg 16. März 2021
- Hessen 16. März 2021
- Mecklenburg-Vorpommern 16. März 2021
- Niedersachsen 16. März 2021
- Nordrhein-Westfalen 16. März 2021
- Rheinland-Pfalz 15. Januar 2021
- Saarland 16. März 2021
- Sachsen 15. Januar 2021
- Sachsen-Anhalt 16. März 2021
- Schleswig-Holstein 15. Januar 2021
- Thüringen 25. Februar 2021

Die neuen Bundeshilfen (NEUSTART KULTUR) sind noch in der Diskussion im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestag. Die Maßnahmen werden im nächsten Kulturpolitischen Wochenreport vorgestellt.

Fotowettbewerb: Zusammenhalt in Vielfalt – Jüdischer Alltag in Deutschland

Am vergangenen Freitag wurden die Preisträgerinnen und Preisträger des Fotowettbewerbs in Anwesenheit von **Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters** und des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, **Dr. Josef Schuster**, bei C/O Berlin ausgezeichnet. Organisiert wurde der Wettbewerb von der Initiative kulturelle Integration, die vom Deutschen Kulturrat mit initiiert wurde.

- **Hier** geht es zur Aufzeichnung der Preisverleihung! (64 min)

- Das Best-of finden Sie **hier** (3 min).
- Die prämierten Fotografien können **hier** angesehen werden.
- Weiter Informationen zum Fotowettbewerb sowie den zehn prämierten Fotos finden Sie **hier.**

L'Chaim – Auf das Leben!
Die Gewinnerfotos des Fotowettbewerbs bilden auch das Band für unseren Schwerpunkt in Politik & Kultur April 2021 zum jüdischen Leben in Deutschland. Im nächsten kulturpolitischen Wochenreport wird die Ausgabe vorgestellt.

Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, sagte: „Jüdisches Leben ist oft näher als viele denken und ein selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft. Gleichzeitig gehören zum jüdischen Alltag leider auch weiterhin Bedrohung und besonderer Schutzbedarf."

Text der Woche: Ulrich Khuon & Ludwig Greven „Wir brauchen Scham und Ironie"

Ludwig Greven spricht mit dem Intendanten des Deutschen Theaters Berlin per Zoom über Perspektiven für die Bühnen nach der Pandemie und die Empfindsamkeit von Künstlerinnen und Schauspielern: „Die Künstlerinnen und Künstler sind so zerrissen wie die übrige Gesellschaft auch. Ihnen fehlt ihr Wirkungsraum, gleichzeitig haben sie Ängste. Ich beobachte in meinem Ensemble alle Schattierungen von „ich will gar nicht mehr raus" bis „ich will morgen auf die Bühne". Wenn man viel zu Hause ist, wächst die Angst."

Ulrich Khuon ist Intendant des Deutschen Theaters in Berlin. Bis November 2020 war er Präsident des Deutschen Bühnenvereins. Ludwig Greven ist freier Publizist.

Lesen Sie den Text hier!

„Bibliotheken im digitalen Wandel: Orte der Partizipation und des gesellschaftlichen Zusammenhalts": 2. Bibliothekspolitischer Bundeskongress

Der Deutsche Bibliotheksverband e.V. veranstaltet am 26. März 2021 den 2. Bibliothekspolitischen Bundeskongress. Verbandsmitglieder und Vertreter aus Politik, Bildung und Kultur sind dazu eingeladen, an Vorträgen und Diskussionsrunden zum Thema „Bibliotheken im digitalen Wandel: Orte der Partizipation und des gesellschaftlichen Zusammenhalts" teilzunehmen und miteinander über bibliothekspolitische Fragen ins Gespräch zu kommen.

Aufgrund des aktuellen Infektionsgeschehens wird der Kongress komplett in den digitalen Raum verlegt. Eine vorherige Anmeldung ist für die kostenfreie Teilnahme erforderlich und ermöglicht eine aktive Beteiligung an allen Programmteilen.

U. a. mit einer Podiumsdiskussion: Bibliotheken und Demokratie. Sind Bibliotheken Orte ziviler Streitkultur?

- Helge Lindh, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien
- Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats
- Klaus Hebborn, Leiter des Dezernats Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung beim Deutschen Städtetag
- Eric Wrasse, Pädagogischer Leiter der Europäischen Jugendbildungs- und Begegnungsstätte, Mitinitiator der Weimarer Erklärung für demokratische Bildungsarbeit
- Aline Fiedler, Vorsitzende des dbv-Landesverbandes Sachsen

Moderation: Claudia Henne, Kulturjournalistin

- Kongressprogramm: Hier erfahren Sie mehr!
- Zum Kongress anmelden: Für eine Teilnahme können Sie sich hier anmelden.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat